

# Volksrecht

**Anzeigebestellung:**  
Die 6spaltige Zeile 26 Bsp. für einen Tag, die 2spaltige 30 Bsp. für einen Tag, die 4spaltige 40 Bsp. für einen Tag, die 5spaltige 50 Bsp. für einen Tag. Anzeigen mit Wagnisbestimmung werden besonders berechnet.  
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Der Preis beträgt monatlich 25 Pf. vierteljährlich 1,00 RM., einschließlich Postgebühren. In den Abbestellungen monatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,02 RM., einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 10 Pf.

## Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition  
Paradiesgasse Nr. 32

### Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion  
und Expedition 3200

Nr. 43 | Danzig, Sonnabend den 27. Oktober 1912 | 8. Jahrgang

# Vor dem Wechsel

Aus den Reihen der Kanzlerkandidaten tritt einseitig nur ein Name in die Erscheinung. Es steht so ziemlich fest, daß der neue Reichskanzler nicht aus den Reihen der Reichstagsabgeordneten entnommen werden wird. Das liegt nicht etwa daran, daß im Reichstag keine geeigneten Persönlichkeiten zu finden wären. Was zum Beispiel die sozialdemokratische Fraktion betrifft, so machen wir uns anheischig, eine ganze Reihe von Persönlichkeiten zu benennen, die als Reichskanzler ganz gut zu brauchen wären — vorausgesetzt natürlich, daß die politischen Voraussetzungen für eine sozialdemokratische Reichskanzlerschaft gegeben wären. Auch im Zentrum und in der fortschrittlichen Volkspartei gibt es natürlich eine ganze Reihe von Männern, die an politischen Kenntnissen und Fähigkeiten dem jetzigen Reichskanzler bedeutend überlegen sind.

Daß für die Ernennung eines Sozialdemokraten zum Reichskanzler die politischen Voraussetzungen nicht gegeben sind, ist schon gesagt worden. Ein sozialdemokratischer Reichskanzler müßte für seine Regierung ein Wählprogramm aufstellen, für das die bürgerlichen Parteien nicht zu haben wären, er hätte also von vornherein keine Mehrheit. Es bliebe also die Wahl zwischen dem Zentrum und der fortschrittlichen Volkspartei. Keine dieser Parteien würde es aber gern sehen, wenn einer von der andern Partei Reichskanzler würde. Eine richtige Verteilung der Macht zwischen den Parteien der Mehrheit ist nach der deutschen Verfassung schwer möglich, da nach ihr die

gesammelte Macht eben nur bei einem Reichskanzler ruht und die Staatssekretäre nur als dessen ausführende Organe erscheinen. Dieses Verhältnis zwischen Reichskanzler und Staatssekretären ist freilich in einer künftigen Umwandlung begriffen in der Richtung zu einer selbständigen Verantwortlichkeit der Staatssekretäre. Aber bei dem verantwortlichen Reichsministerium, das eine regelrechte Kabinettsbildung und Ausgleichung der parteipolitischen Machtpositionen ermöglicht, sind wir noch nicht, und es ist unmöglich, die gegebene Entwicklungsstufe zu überspringen.

So ist es im höchsten Grade wahrscheinlich, daß eine außerhalb des Rahmens der Parteien und außerhalb des Reichstags stehende Persönlichkeit zum Reichskanzler ernannt werden wird. Die Reichstagsabgeordneten kennen nun einander sehr genau und wissen, was sie von diesem oder jenem ihrer Kollegen, falls er Reichskanzler würde, zu erwarten hätten. Eine ebenso genaue Kenntnis des Personentreffes außerhalb des Reichstages fehlt ihnen aber. Und auch die Presse, die sich an dem Ratespiel eifrig beteiligt, kennt natürlich die außerparlamentarischen Kanzlerkandidaten nicht so genau wie die führenden Parlamentarier, deren politische Eigenart sich in unzähligen mündlichen und schriftlichen Äußerungen widerspiegelt. Unter solchen Umständen gestaltet sich die Kanzlerkandidatur recht beschwerlich, und es ist zweifellos, daß die Personenkenntnis des Staatsoberhauptes an der Lösung der Krise in nützlicher Weise mitwirken könnte.

Einen Kanzler, der wie dieser Michaelis ganz plötzlich aus der Piskole geschossen kommt, will natürlich niemand. Nach dieser Methode läßt sich die Regierungskrise nicht lösen, wie das mißlungene Exempel klarlich zeigt. Zunächst muß sich der Kaiser bei den Abgeordneten über die gegebene parlamentarische Lage orientieren, und dann kann er in dem ihm bekannten Personenkreis einen Mann suchen, der ihm geeignet scheint. Dieser Mann wird dann, bevor er den Auftrag definitiv annimmt, mit den Parteien in Fühlung zu treten haben und sich dessen vergewissern, daß er mit seinem Regierungsprogramm auf eine tragfähige Mehrheit im Reichstag rechnen kann.

Persönlichkeit zu benennen. Einer solchen Aufforderung würden sich die Parteien dann nicht entziehen können. Aber um ihr nachzukommen, dazu wären neue Beratungen und neue Fühlungnahmen mit Persönlichkeiten, die für die Kanzlerschaft allenfalls in Betracht kommen könnten, notwendig. Uebers Knie brechen läßt sich eine solche Sache nicht.

Für eine gedeihliche Entwicklung der innern Verhältnisse dürfte es indes genügen, wenn die Ernennung des Reichskanzlers durch Zusammenwirken von Krone und Parlament erfolgt, und wenn dabei die Tatsache zur Anerkennung gelangt, daß in Zukunft nur ein Kanzler möglich ist, der das ausgesprochene Vertrauen der Volksvertretung besitzt.

Die Zahl der Männer, die als Kandidaten genannt werden, hat sich vom Montag auf den Dienstag wieder um einige vermehrt. Man nennt den Staatssekretär Dr. Solf und den Prinzen Max von Baden. Auch vom bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Herking ist wieder die Rede. Nur einen Parlamentarier nennt man nicht. Und das ist auch ein Armutzeugnis, das die bürgerlichen Parteien des Reichstages sich selber ausstellen.

Das Berliner Zentrumsorgan „Germania“ schreibt in seiner Morgenausgabe vom Mittwoch: „Als feststehend kann heute gelten, daß dem Entlassungsgeßuch des Staatssekretärs der Marine von Capelle aller Voraussicht nach keine Folge gegeben werden wird. Was die Stellung des Kanzlers angeht, so liegt die Entscheidung ausschließlich beim Kaiser, und aus diesem Grunde können alle darüber an die Öffentlichkeit gebrachten Mitteilungen lediglich auf Vermutungen beruhen. Voraussetzlich werden die nächsten Tage die allgemein als dringende bezeichnete Lösung“

Zum Kapitel der Kanzlersuche schreibt der „Vorwärts“: „Es ist in diesem Augenblick weder bekannt, wer das Erbe des Dr. Michaelis antreten, noch mit welcher Mehrheit der Nachfolger regieren wird. Von einer gewissen Seite, deren Sprachrohr die alldeutsche „Tägliche Rundschau“ ist, werden krasse Versuche gemacht, eine neue Mehrheit unter Ausschluß der Sozialdemokratie zustande zu bringen. Zentrum und Volkspartei sollen sich zu

diesem Zweck mit Konserwativen und Nationalliberalen vereinigen.

Rein parteipolitisch betrachtet, würde das Gelingen dieser Versuche für die Sozialdemokratie die Befreiung aus der schwierigsten Situation bedeuten, in der sie sich jemals befunden hat. Es ist doch eines Anderen anzuschauen, die Partei erstrebe aus Parteinteresse die Einführung des parlamentarischen Systems und ihre Teilnahme an der Verantwortlichkeit. Kame heute ein bürgerlicher Block zustande, der die Verantwortung übernehme und der Sozialdemokratie die angenehme Rolle der Kritikerin überlasse, so wäre damit ein überwältigender Sieg der Sozialdemokratie bei den ersten Friedenswahlen gesichert.

Und doch wäre es Kurzsichtigkeit, zu wünschen, daß Michaelis im Amte bleibe oder durch einen Mann nach dem Herzen der Rechten ersetzt würde, oder daß die Mehrheit zerfiel und eine andre an ihre Stelle trat.

Im Interesse des Landes und im Interesse des Friedens ist der Fortschritt zum parlamentarischen System und die Ernennung eines Kanzlers, der sich auf die Mehrheit des 19. Juli stützt, notwendig.

Die Sozialdemokratie ist darum bereit, alles zu tun, um die gegenwärtige Krise zu der Lösung zu bringen, die das Volksinteresse fordert. Bleibt die Lösung aus, so wird das nicht ihre Schuld und, aus rein parteipolitischem Gesichtspunkt, auch nicht ihr Schaden sein. Sie wird dann mit dem guten Gewissen, ihre Pflicht getan zu haben, ihre alte Kampfstellung wieder beziehen und in der Opposition, wie das ihren Ueberlieferungen entspricht, die Volksinteressen weiter vertreten. In diesem Sinne erwartet sie ruhig, was aus der Gärung dieser Tage werden wird. Sie ist auf alle Fälle gefaßt, für alle Fälle bereit.

Daß Herr Michaelis sein Abschiedsgeßuch eingereicht habe, ist aber bisher nicht gemeldet worden. Im Gegenteil deutet eine amtliche Nachricht darauf hin, daß vorläufig nur das vom Reichstag beschlossene Programm der Teilung der Reichsämter ohne weitere Personalveränderungen durchgeführt werden soll.

Man muß daraus nicht, kann aber daraus schließen, daß die Krise bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages Anfang Dezember in Schwebe bleiben soll. Für diesen Fall darf man auf das weitere Verhalten der fortschrittlichen Volkspartei und des Zentrums gespannt sein.

# Sozialdemokratischer Parteitag in Würzburg

## Der Tag von Würzburg

Hohe Befriedigung löst der nun hinter uns liegende in jeder Hinsicht historische Parteitag der deutschen Sozialdemokratie durch seinen besonderen Charakter aus.

Er war mehr als jemals eine wirkliche Arbeitertagung der Partei des deutschen Proletariats. Er war eine Tagung des Willens zur Tat, der auf unveränderlicher grundsätzlicher Klarheit gegründeten Entschlossenheit zur Arbeit in Gegenwart und Zukunft.

In Würzburg legte die deutsche Arbeiterpartei in zielklaren Beschlüssen auf granitnen sozialistischen Quadern die Fundamente zum Wiederaufbau der Weltkultur. Aus den Trümmern, die der Wahnsinn des tollgewordenen Imperialismus nach dem Weltkrieg hinterläßt, wird das unerschütterliche Kulturgewölbe der Arbeiterklasse die neue Welt des Friedens und der Freiheit schaffen.

Eine bessere Probe auf die Berechtigung der Mission der deutschen Sozialdemokratie ist undenkbar. Nie hat eine Partei sie glänzender bestanden. Niemals ist die Notwendigkeit einer Partei so unwiderleglich nachgewiesen worden.

Frei von Phrasen und täuschender Ueberschwänglichkeit waren die Genossen in Würzburg, unserer Erwartung gemäß, tüchtige Werkleute am Zukunftsbau des deutschen Volkes und einer wahren Internationale der Verständigung der Völker.

Darum auch ihr heißes Bemühen um die Einigung der Arbeiter. Ein Mann so tief wissenschaftlicher Einsicht wie Karl Marx hinterließ den Arbeitern als eigentlichen sozialistischen Kern seines Streben die Mahnung: Proletarier aller Länder vereinigt euch! Das gilt mehr denn jemals für die Zeit nach dem Kriege. Die Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats wird immer erst das Mindestmaß an Macht schaffen, die zur Abwehr, zum Angriff, und zur Verteidigung notwendig gebraucht wird.

Alle praktische Arbeit für das Wohl des Proletariats wird daher unbedingt von der Einigkeit in der Organisation politisch und gewerkschaftlich ausgehen müssen. Diese not-

wendige Einigkeit der Arbeiter ist daher vom Parteitage mit Eifer und Recht so stark betont worden. Deshalb mußte er auch das entscheidende Schwergewicht auf die Einigung durch die Wirkung der sozialistischen Arbeit der Partei legen und jede künstliche Ueberheißung ablehnen. Mögen diejenigen, die noch immer nicht einsehen können, daß das proletarische Interesse nur auf diesem Wege gefördert werden kann, die Verantwortung dafür tragen. Der Sieg wird bei den Männern von Würzburg bleiben, die nach wie vor die Millionenpartei der deutschen Arbeiter vertreten und vertreten werden.

Eindeutig und mit überwältigender Mehrheit bekannte sich der Parteitag zur Pflicht der Landesverteidigung. Eine überaus starke Mehrheit wäre dafür selbst dann eingetreten, wenn die Abspaltung der Andersgesinnten noch nicht erfolgt wäre. Nach wie vor soll die Bewilligung der Verteidigungsmittel kein politisches Handelsgeschäft sein! Selbstverständlich gehört zur Verteidigung aber auch die Schaffung der Sicherheit, daß die Interessen der opernden und blutenden Volksgemeinschaft in den Kriegswirren sich in absolut zuverlässigen Händen befinden. Das Volk, das mit seiner eigenen Kraft die feindliche Unterjochung abwehrt, muß sein Schicksal selbst leiten. Und darum der Nachdruck, den der Parteitag auf die Demokratisierung Deutschlands legte und legen mußte.

Die prachtvolle Rede Scheidemanns zu diesen Fragen bewies in erster Linie, daß unbeirrte sozialistische Ueberzeugung praktische Arbeit nicht etwa verhindert, sondern sie zur notwendigen Voraussetzung hat. Allgemein bekundete der Parteitag, daß er eine sozialistische Tagung war, die hierin keinen Vergleich mit einem anderen deutschen Parteitage und noch weniger mit einer Kriegstagung einer ausländischen sozialistischen Partei scheuen darf.

Die Auswertung des reichen Ertrages von Würzburg ist Aufgabe der Genossen im Lande. Sie werden das Vertrauen der Arbeiterpartei und aller Freunde der Freiheit und des Fortschrittes ebensowenig enttäuschen, wie es ihre Abgeordneten in der roten Woche getan haben.



Auf das Wort der Sozialdemokratie... und das Vertrauen aller derer im deutschen Volk, die nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkriegs... eine bessere Zukunft erhoffen...

Die bürgerliche Presse muß schon durch ihre äußere Haltung, widerwillig oder nicht, den Wert der in Würzburg geleisteten Arbeit anerkennen. Die alldeutschen „Verf. Neuesten Nachrichten“ der unerschrockenen Schwerindustriellen bemühen sich aus den Verhandlungen des Parteitag...

Auf der anderen Seite läßt sich die demokratisch-liberale „Berliner Morgenpost“ so vernehmen:

Das Ergebnis des sozialdemokratischen Parteitages und die Summe der Stimmungen und Wünsche, die im Volk leben, ist in der Rede enthalten, in der Scheidemann das Zukunftsprogramm nicht nur seiner Partei, sondern der ganzen deutschen Demokratie entwickelt hat...

Es besteht im bürgerlichen Lager von rechts bis links Übereinstimmung darüber, daß sich an den Zielen der Sozialdemokratie nichts geändert hat. Auch die „Morgenpost“ glaubt an eine spätere Einigung der beiden Gruppen unter Befehl der Minderheit zur Taktik der Mehrheit.

Aus den Verhandlungen des Parteitages gehen mir noch folgende Reden wieder. Ueber die nächsten Aufgaben der Partei erstattet das Hauptreferat Scheidemann:

Im dem Augenblick, in dem sich das alte gemohnte Bild des Partitages vor unsern Augen wieder entfaltete, drang die fürchterliche Größe dessen, was wir seither erlebt haben, erneut mit bezaubernder Macht auf uns ein. Ein Parteitag findet wieder statt. Wir stehen nun drei Jahre und drei Monate in dem ungeheuersten aller Kriege und sehen auch heute nur erst andeutlich das Ende in dümmernder Ferne vor uns...

Die Geheiß ihrer Vernunft und ihres Willens aufzunehmen. Nur die alten abgelebten, hoffnungslos vom Schicksal Zermürbten sehen sich an den Begrab, um das Ende abzuwarten. Wir aber wollen leben und haben zum Leben auch den Mut und die Kraft (Beifall). Wie als Sozialisten haben Pflichten zu erfüllen gegenüber unserer großen Familie, der deutschen Volksgenossen und gegenüber der noch größeren Menschheitsfamilie, die sich im Bruderkampfe gesammelt hat...

Ein demokratisch-parlamentarisches Staatsregime, in welchem sich auch die Regierungsklassen und die Verantwortung übernehme müßten. Die erste Reichstagswahl nach dem Kriege wird...

Wenn nicht alles täuschlich wird sie uns eine sehr große Macht bringen. Dann werden wir nicht mehr die Unmündlichen der Demokratie sein, sondern wir werden die Verantwortung übernehmen können. Kann denn jemand in Deutschland wünschen, daß Deutschland nach dem Kriege von einem sozialdemokratischen Staat regiert wird, in dem die Konventionen, Abkommen und Sozialverträge die Führung hätten? (Sehr wahr!)

Der Sozialismus ist nach unserer Überzeugung etwas unendlich Großes. Aber keine Macht der Idee kann die Menschheit aus der Hölle, die sie sich selbst bereit hat, mit einem Schlag ins Paradies hinüberführen. Auch unter dem besten System werden die Wunden nur langsam heilen. Kommen wir nach dem Kriege zur Macht, müssen wir mit der Gefahr unserer Rückschläge rechnen.

andere überhaupt nicht denkbar ist als durch die methodische Durchdringung der ganzen Wirtschaft mit dem sozialistischen Prinzip. Wir dürfen nach dem Kriege nicht mehr Theoretiker und Agitatoren bleiben, sondern müssen Praktiker des Sozialismus werden. (Lebhafte Beifall). Und wir dürfen dabei nicht vergessen, daß der Sozialismus nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck, um den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Deshalb müssen wir uns vor Prinzipienretikerei hüten und jede Maßregel nur daraufhin ansehen, nicht nur, ob sie sozialistisch, sondern ob sie auch praktisch ist.

erst recht Sozialpolitik

und endlich ernsthafte Bevölkerungspolitik! Die Sozialpolitik muß mit der Wirtschaftspolitik so in Verbindung gebracht werden, daß sie die Produktivität nicht hindert, sondern erhöht. Darum hängen die beiden Referate von Cunow und Wissell eng zusammen. Die individualistische Betrachtungsweise der Wirtschaft will dem Einzelnen mit möglichst geringem Kraftaufwand einen möglichst großen Teil der allgemeinen Gütererzeugung sichern. Die sozialistische Auffassung will, daß jeder einen möglichst großen Anteil zur allgemeinen Gütererzeugung beiträgt, und sichert ihm dafür den Anspruch, als Kulturwesen behandelt, entlohnt und möglichst lange erhalten zu werden.

Zur Erfüllung aller dieser Aufgaben reicht die Kraft unserer Partei nicht aus, sie greift weit hinaus über den Rahmen unserer Parteiorganisation, die auf den politischen Kampf eingestellt ist. Sie ist eine allgemeine nationale Angelegenheit. Wer in Zukunft seinem Volke dienen will, wird praktischer Sozialist sein müssen. Auch wenn er nicht zu unserer sozialistischen Kampfgenossenschaft gehört.

Zu diesem praktischen Sozialismus wie ich alle die auf, die vom Wesen der neuen Zeit einen Hauch verströhen haben. Die letzte Entscheidung über unsere Zukunft fällt erst beim wirtschaftlichen Wiederaufbau. (Sehr wahr!) Eine kleine, aber sehr einschneidende Schnitt schwört auf das freie Spiel der Kräfte. Wir wollen gewiß nicht nach Schema A sozialisieren und der freien Initiative den Weg verbauen. Aber die einfache Rückkehr zum freien Spiel der Kräfte müßte zu einer wahren Katastrophe führen. Wie sollen wir die notwendigen Rohstoffe bekommen ohne staatliche Regelung? Wir werden uns die Preise der Lebensmittel stellen, wenn durch Erhebung der staatlichen Regelung überhöhter Preistreiber die Not und der Hunger herrscht? Wie sollen Arbeitslosigkeit und Lohnraub verhütet werden? Eine ordnungslose Wirtschaft müßte ein solches Maß von Mangel und Massenverelendung erzeugen, daß der gewaltigste Ausbruch nahezu gewiß wäre. So drängt sich der Sozialismus von selbst auf als Notstandsmaßnahme der staatlichen Selbstbehaltung. (Sehr wahr!)

Nach auch von der finanzpolitischen Seite drängt er sich auf. Ein minimal größerer Betrag als früher wird durch die öffentlichen Einnahmen zu zahlen. Renten und Unterhaltungen, Löhne und Gehälter zu zahlen. Keine Lösung des staatlichen Finanzproblems ist denkbar ohne eine gründliche Vermögensabgabe und Monopole. Diese sozialistische Wirtschaft müßte sich aufzwingen, wenn es nie eine sozialistische Theorie und Propaganda gegeben hätte. (Sehr wahr!) Weil wir zum Sozialismus gezwungen sind, sind wir auch zur Demokratie gezwungen. Die Maßnahmen, welche die wirtschaftliche Entwicklung dem Staat gegenüber dem Einzelnen in die Hand gibt, würde eine unerträgliche Tyrannei, wenn sie von einer unbeschränkt waltenden Bürokratie gehandhabt würde. Gegenüber der jermalmenden Macht der zentralistischen Zentralgewalt braucht jeder einzelne den festen Panzer geschützter staatsbürgerlicher Freiheit. Niemand soll einem Gebot unterworfen sein, an dessen Erfolg er nicht gleichberechtigt mitgewirkt hat. Behörden, Minister und Räte, die verlagen, müssen rasch entfernt werden können. Wir brauchen Demokratie im Staat und Selbstverwaltung, wenn nicht Reglementierung fruchtbarer Arbeit erdrückt soll. Deutschland braucht die Demokratie, um leben zu können, nicht nur für den Krieg, sondern auch für die kommende Friedenszeit.

Den Weltkrieg zu führen, muß nach diesen höchsten Grundsätzen unsere vornehmste Aufgabe sein. Am fürchterlichen Schicksalstage des 1. August 1914 haben wir das nicht gekannt, möge uns das Volk, mögen uns alle Völker die Kraft verleihen, daß wir es in Zukunft können. Das Volk selbst muß Garant der kommenden Völkerverträge, der stimmende Wähler des Friedens sein. Nach dem Kriege werden wir untersuchen müssen, inwiefern heimliche Einigungen oder bei uns herrschende Geist zu den Verträgen der Weltfriedenspolitik führen, und wo wir solche Fehler erkennen, werden wir sie mit Stumpf und Stiel ausrotten. Ein tüchtiger Sozialist zur Freiheit wird auch stark genug zum Frieden sein, nicht durch Waffenrüstung. Was macht denn unseren Kampfgegner in diesem Kriege, England, so hart und was ist unsere schlimmste Schwäche? England hat verstanden, die ganze Welt zum...

und wir haben die ganze Welt als Freund und Verbündeten (Sehr wahr!) Das soll anders werden. Wir rufen ein neues Kampf mit England, zu einem Kampf nicht um die flandrische Küste, sondern um die Unabhängigkeit der Völker, um die Seite der Welt (Lebhafte Beifall). Nicht die Boote der Lants können diesen Krieg gewinnen, sondern nur der weltweite Fortschritt in den sozialen und politischen Einrichtungen. Für diesen friedlichen Kampf dient uns ein unendlich weites Feld. Der Krieg hat bei allen Völkern überall die gleichen Schwachzustände erzeugt und über die gleichen Maßnahmen zur Wiederherstellung. Niemals scheint sich die Völker so dynamisch zu sein, als wenn sie miteinander kämpfen. Eine nahezu vollkommene Gleichmütigkeit zeigt sich, man sieht sich eigenliche Arbeiterforderungen handeln. Bei den Beisitz der Gewerkschaftskonferenz in Leeds oder der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern konnte es gar keine Meinungsverschiedenheiten noch nationalen Gesichtspunkte geben. Das ist der eigentliche Grund, warum die Engländer sich von Bern zurückziehen und in Frankreich mit Bewußt zurückgezogen wurden. Als alter internationaler Sozialist bin ich Nationalist genug, um zu wünschen, daß Deutschland in diesem friedlichen Weltkampfe am allerbesten abschnelbet. Wenn unsere heutigen Gegner dann nach Deutschland kommen, um unsere sozialistische Einrichtung zu studieren, wollen wir die, die kein gut Haar an uns lassen, mit herzlichster Freude und stiller Gemüthsruhe begrüßen, daß sie nun doch bei uns das Gute suchen. In diesem Sinne bin ich nicht nur Sozialpatriot, sondern sogar Sozial-Chauvinist (Heiterkeit und Lebhafte Beifall). Wir wollen aufrichtig gefeiert, daß die Stimmerei eines kleinen Teils unseres Volkes nicht ungesund an dem Weltkampfe ist, der uns umbrant. Ich wiederhole: Damit wir angedrückt werden. Deutschlands Politik nach dem Kriege muß beschaffen sein, daß an ihrer Freiheitlichkeit, Rechtschaffenheit und Aufrichtigkeit nach innen und außen kein Zweifel möglich ist.

Was vor uns liegt, ist wahrhaftig nicht leicht. Harte Zeiten und schwere Entschlüsse stehen unserer Partei und dem ganzen Volk noch bevor. Wir müssen unter dem Berg der Leiden und Sorge zusammenbrechen, hielten uns nicht aufrecht der Glaube an unsere große Idee und an die unerschöpfliche Kraft des schaffenden Volkes. In diesem Sinne sagen wir gekostet: Großes haben wir erlebt, Großes steht uns noch bevor. Der Krieg, der uns in allen Tiefen erschüttert, ist doch schließlich nur weltgeschichtlicher Witz. Von Kriege ist die Weltgeschichte voll, sie kriecht von Blut. Der Krieg ist das hebräischste Mittel, die ewige Wiederkehr des Gleichen. Nur durch den Fortschritt der Technik ins Wahnsinnige gesteigert. Was wir wollen...

daß ist das Große, Innerliche, Neue, die Erhebung der ganzen Menschheit auf eine höhere Kulturstufe der internationalen Völkergesellschaft und des Sozialismus. So war der Krieg nur das Vorbild einer viel gewaltigeren Begegnung, einer geistigen und sozialen Umwälzung, wie die Welt sie noch nie erlebt hat. Nach dem Kriege heißt es erhebt sich, wir müssen kämpfen. Frieden heißt nicht, daß jeder Kampf aufhört, sondern nur, daß wir aufhören, wie Bestien zu raufen, und wie zivilisierte Menschen kämpfen. Nach dem Kriege wird es heißen für die Arbeit, die Arbeit, die Arbeit, und wenn es sein muß, für den Vorwärts. (Stürmischer, lang anhaltender, immer neu einsetzender Beifall).

Ueber Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik sprechen:

Abolf Braun-Nürnberg: Infolge des Parteistretes wird einer so wichtigen Frage wie der der Demobilisierung nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Die ungeheure Ausdehnung der Frauenarbeit und die Vernehmung der Säuglingssterblichkeit zeigen uns die ganze Gefahr der gegenwärtigen Kriegswirtschaft. Nachfrage und Rohstoffverknappung werden in der Uebergangswirtschaft die größten Schwierigkeiten bieten, zumal wenn eine falsche Politik unsere arbeitsfähigen Friedensunterhändler, dann müssen diese Fragen im Friedensvertrag geregelt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Hilfe des Staates für die arbeitslos werdenden. Die Gewerkschaften werden, auch wenn der Staat diese Aufgaben übernimmt, eine geradezu erdrückende Fülle von Aufgaben haben und im Kampf gegen die Macht der konzentrierten Kapitals lösen müssen. Deshalb ist es ein Verbrechen und eine außerordentliche Frevlthat, daß die Gewerkschaften sprengen zu wollen, wie man die politische Partei gesprengt hat. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Die politische Bewegung läßt sich viel leichter zusammenfassen als eine einmal zerstreute Gewerkschaft. Jede Spaltung der Gewerkschaftsbewegung würde den Unternehmern die größte Freude bereiten. (Sehr wahr!) Leider erscheint heute mandem der Kampf gegen den Genossen Legien viel wichtiger als der Kampf gegen Kirdorf. (Sehr wahr!) Demgegenüber haben wir zu sagen, daß, wer an die Geschlossenheit der Arbeiterbewegung auf wirtschaftlichem Gebiet rührt, das ungeheuerlichste aller denkbaren Verbrechen an der Arbeiterklasse begeht und das schlimmste Unglück über sie heraufbeschwört. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Aber auch eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung wird nach dem Kriege oft an ihre Grenzen stoßen und für die Durchhebung einer ganzen Reihe sozialpolitischer Forderungen auf die Hilfe der Partei angewiesen sein. Denn die Hauptwirkungen des Krieges werden nach dem Kriege Arbeiterklasse und Kleinbürgerstum fühlen. Erst dann werden sie die Wahrheit des Voltairischen Wortes erkennen, daß „alle vereinigten Laster aller Zeiten und Länder nicht soviel Unheil bedeuten wie ein Krieg“. Aber wir wollen auch mit Schiller sagen: „Die Welt wird alt und wieder jung“ und wir wollen sie jung machen. (Lebhafte Beifall.)

Frau Reiche-Hamburg: Sechs Millionen Arbeiterfrauen sind während des Krieges in die Industrie eingetreten und haben sich mit außerordentlicher Schnelligkeit ihren Aufgaben angepaßt, aber darin liegt eine große soziale Gefahr. Die Frauen sind durch Arbeit und Haushalt doppelt belastet, deshalb müssen wir so nachdrücklich wie möglich für sozialpolitische Frauenschutzforderungen eintreten und vor allem die Frauen selbst dafür zu gewinnen suchen. Die Rednerin lenkt dann die Aufmerksamkeit des Parteitages besonders auf die Notlage der Kriegerväter. (Lebhafte Beifall.)

Winnig-Hamburg: Bei der Rückkehr in die Friedenswirtschaft werden wir eine gewaltige Ueberfüllung des Arbeitsmarktes bekommen und dann werden die Kriessoldaten zusammenklappen; dem gegenüber ungewisse Beschäftigung: eine Katastrophe des Arbeitslohnes werden unausbleiblich folgen. Der Bildung des realen Arbeitslohnes haben wir darum größte Aufmerksamkeit zu schenken. Wissell forderte die unverzügliche Entlassung der feigartigen Arbeiter ohne Rücksicht auf den Arbeitsmarkt, das müßte die Katastrophe verstärken. Es muß ist es eine sehr harte Zumutung (Zuruf: Eine zu hart!) nicht sofort entlassen zu werden, aber die Interessen der Arbeiter stehen hier ihren Wünschen entgegen, und wir haben ihre Interessen weitbildend zu vertreten. Gelöst wird die reale Lohnfrage übrigens auch durch Regelung der Entlassung nicht. Gewerkschaften und Partei müssen eine staatliche Stützung und Reglementierung der Arbeitslöhne herbeiführen.

Wissell (Schlußwort): Im allgemeinen sind meine Forderungen, insbesondere auch der Kinder- und Frauenschutz, gutgeheißen worden. Die Vernichtung und Schwächung der Volkstraft stellen alle Völker vor neue Probleme, deren nur neue Methoden gerecht werden können. Der Krieg hat auch im Innern direkt und indirekt viele Opfer gefordert, namentlich auch unter den Frauen. (Sehr richtig!) Die schwachen Geburtverluste werden sich noch nach Jahrzehnten sichtbar machen. Deshalb eingreifender Schutz der Volkstrafterhaltung und Entlastung alles Lebens und Schutzes der Arbeitskraft! Freilich werden wir beim Kampf um diese Ziele harte Widerstände zu überwinden haben. Wir können die Frauennarbeit nicht entbehren. Aber wir müssen das volkswirtschaftliche Problem in Einklang bringen mit dem sozialen Schutze des künftigen Lebens, dessen Trägerin die Frau ist. Was die Kommission für Bevölkerungspolitik uns bietet, ist nur eine mäßige Abschlagszahlung, die wir annehmen, um mehr zu fordern.

(Fortsetzung in der Beilage.)



## Sozialdemokratischer Parteitag in Würzburg

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt)

### Darauf beginnt die Verhandlung der Lebensmittelfragen

Abg. Robert Schmidt-Berlin: Man spricht viel von der unglücklichen Stimmung der Bevölkerung. Sie ist verschuldet durch die unbefriedigende Lösung der Nahrungsmittelversorgung. Wir haben nicht nur Mangel und Knappheit infolge der Absperrung vom Auslandsmarkt, sondern wir leiden auch unter den ungelegenen und unzweckmäßigen Maßnahmen der Regierung. Unsere frühzeitigen Vorschläge wurden nicht beachtet und die später ergreifenden Maßnahmen kamen immer zu spät. Unter dem Einfluß interessierter Gruppen hat man, statt die Preisstreibeerei zu bekämpfen, immer höhere Höchstpreise festgelegt. Eine planmäßig geordnete Verteilung unserer Lebensmittel ist lange unterblieben. Wieder hat man bei der diesjährigen Ernte besondere Prämien für Ableserung, Frühbruch und Beförderung an die Eisenbahnen bewilligt. Die Kartoffeln sind teurer als jemals im Krieg; ein Preis von 9 und 10 Mark für 1 Zentner Kartoffeln im Kleinverkauf ist geradezu unerträglich. (Lebhafte Zustimmung.) Wir fordern deshalb:

#### Staatsmittel zur Senkung des Preises

für Minderbemittelte in Anspruch genommen werden. Es muß eine Erleichterung eintreten, denn sonst ist die Arbeiterbevölkerung nicht einmal in der Lage, das zu kaufen, was ihr durch die Verteilung überwiehen wird. In der Zeit des Krieges muß eine Konfurrenz auf dem Wirtschaftsmarkt aufgehoben werden und an ihre Stelle muß die Einfuhr der Beschlagnahme und die Verteilung der Produkte in gleichmäßiger Art und die Festlegung von Höchstpreisen treten, um der Preisstreibeerei ein Ziel zu setzen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hiermann-Münzberg verweist in der Resolution Schmidt die Forderung, Reichsmittel zum Erwerb von Lebensmitteln für die minderbemittelte Bevölkerung bereitzustellen. Die Höchstpreise werden viel zu schematisch und zu grob, Tisch in Versuchung ausgesetzt. Abbau der Lebensmittelpreise tut nicht, aber der Gemaltpreis der Viehpreis- senkung, des Viehpreislages lag auch nicht im Interesse der Verbraucher. Man sollte immer offen der Bevölkerung sagen, wie es liegt. Das neue Schweineordiner ist heller Wahnsinn.

Helene Wagner-Chemnitz: Die Frauen sind durch die Lebensmittelschwierigkeiten furchtbar vertriebt und schieben in ihrer Verärgerung auch uns die Schuld zu; denn die bürgerlichen Zeitungen schimpfen auch gewissenlos darauf los. Man muß den Frauen endlich einmal klar machen, daß nichts mehr zum Verteilen da ist. Unsere Vertreter haben überall getan, was möglich war, und außerordentlich viel gebessert. Freilich Leute mit viel Einkommen verschaffen sich hinterher noch alles Gute. Die Preisfestsetzung für Obst und Kartoffeln ist geradezu eine Aufmunterung für jeden Wucher. Befehle und Verordnungen haben wir genug, an der Durchführung fehlt es.

Einstimmig wird die Entschuldig Robert Schmidt-Otto Braun angenommen, in der es heißt:

„Die ausreichende Versorgung des deutschen Volkes mit den notwendigsten Nahrungsmitteln ist für die Erhaltung seiner Widerstandskraft unerlässlich.“

Der Parteitag billigt daher die Forderungen zur Sicherstellung der Volksernährung, die der Parteivorstand gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften und die Reichstagsfraktion sogleich nach Ausbruch des Krieges und später wiederholt an die Regierung gerichtet haben. Es verurteilt es auf das Schärfste, daß diese Vorbeurteilungen nicht in dem Umfange und nicht so schnell und durchgreifend zur Durchführung gelangten, wie es die Lage des vom Weltmarkt abgeperrten Deutschen Reiches gebot.

Die von der Regierung betriebene Politik der Halbheit und Verpöschung, die den kapitalistischen Gewinninteressen weitgehend Rechnung trägt, hat die Regelung unserer Nahrungsmittelversorgung unheilvoll beeinträchtigt und nicht zum wenigsten dazu beigetragen, daß sich auf dem Lebensmittelmarkt Zustände herausgebildet haben, die es den Erzeugern und Händlern ermöglichen, sich in unerhörtem Maße zu bereichern, während die minderbemittelte Bevölkerung bitterste Not leidet. Gegen die auf fortgesetzte Preissteigerung gerichtete Preispolitik des Kriegsernährungsamtes, die auch die neuerdings eingetretene, jeder Berechtigung entbehrende Erhöhung der Kartoffel- und Brotpreise bewirkt und zu einer fast unerträglichen Verschärfung aller Lebensmittel geführt hat, erhebt der Parteitag entsprechende Proteste und fordert wirksamen Abbau der Lebensmittelpreise. Gegen die Herabsetzung der Kleinhandelspreise durch Bereitstellung von öffentlichen Mitteln müssen grundsätzlich Bedenken erhoben werden, da dieses Verfahren dahin führt, den Lebensmittelerzeugern hohe Kriegsgewinne zu sichern und sonach ihrer Bereicherung auf Kosten der Allgemeinheit gleichkommt. Nur um der schmerzhaften Notlage der ärmeren Volksschichten zu steuern, kann diesem Verfahren als kleineres Übel von Fall zu Fall zugestimmt werden.

Die Lebensmittelerzeugung kann lediglich durch Bereitstellung hinreichender Arbeitskräfte, Düngemittel, Saat, Geräte und Betriebsmaterialien gefördert werden. Hohe Preise erhöhen wohl die Riesengewinne der Erzeuger, nicht aber die Menge der erzeugten Lebensmittel. Sie ermöglichen den besitzenden Klassen eine ausreichende Ernährung, wogegen sie den breiten Volksschichten immer höhere Entbehrungen auferlegen.

Da auch die Händler durch spekulative Preisstreibeerei und wucherischen Schleichhandel zur Lebensmittelerzeugung nicht unerheblich beitragen, kann dem Verlangen der Handelsinteressenten, den Betrieb der wichtigsten Lebensmittel wieder dem freien Handel zu überlassen, nicht zugestimmt werden. Im Gegenteil müssen alle für die Volksernährung wichtigen Lebensmittel beim Erzeuger durchgreifender als bisher erfasst und im Wege öffentlicher Bewirtschaftung sachgemäßer als das bisher durch einzelne Kriegsgesellschaften geschah, zu angemessenen erschwinglichen Preisen allen Kreisen der Bevölkerung gleichmäßig zugeführt werden.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen in den Parlamenten des Reiches und des Staates sowie in den gemeinlichen Körperlichkeiten auf, wie bisher auch in Zukunft in diesem Sinne tatkräftig zu wirken, damit der schamlosen Bereicherung der Lebensmittelerzeuger gesteuert und die Not des Volkes gemildert werde.

Gleichfalls einstimmig angenommen wird folgende Entschuldig Eugen Ernst und Genossen:

„Nach den Erfahrungen dieses Weltkrieges ist für das Klassenwahrschein in Preußen kein Raum mehr. Ein halbes Jahr ist seit jener Osterhochzeit des Königs von Preußen vergangen und noch immer besteht das elendeste aller Wahlsysteme, das Dreiklassenwahlrecht. Gegen seine Ersetzung durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wagen die Reaktionskräfte nicht mehr offen aufzutreten. Sie versuchen vielmehr die dringend notwendige Reform durch unerliche Verschleppungsmanöver zu vereiteln. Das arbeitende Volk kann die ungeheuren Opfer, welche die Verteilung Deutschlands von ihm mehr als von jeder anderen Klasse der Gesellschaft verlangt, nur bringen, wenn ihm schnellstens die volle politische Gleichberechtigung gewährt wird.“

Die Erfüllung dieser Forderung vertritt keinen Ausschlag. Jeder Versuch einer weiteren Verschleppung gefährdet die Widerstandskraft Deutschlands und bildet ein Hindernis für einen baldigen Frieden.

Die sozialdemokratische Partei als Vertreterin des arbeitenden Volkes Deutschlands erhebt zugleich im Namen der Tapferen an der Front folgenden Protest gegen deren Ermattung in Rechtslosigkeit durch ein von allen Parteien preisgegebenes Wahlrecht und fordert mit Nachdruck ungehemmte Einführung eines wirklich demokratischen Wahlrechts in Preußen. Sie ist entschlossen, alle Kraft anzuwenden,

um ein solches Wahlrecht noch während der Dauer des Krieges durchzusetzen.“

Den Opfern der Katastrophe im Rheinisch-Westfälischen Revier, bei dem 17 Bergarbeiter den Tod gefunden haben, bringt der Parteitag seine Anteilnahme zum Ausdruck, ebenso den Hinterbliebenen der Eisenbahnkatastrophe von Schönhausen. Die Delegierten hören die Worte, die der Vorsitzende Ebert den Opfern dieser Unglücksfälle widmet, lebhaft an.

Das Ergebnis der Vorstandswahl ist folgendes: Abgegeben sind insgesamt 326 Stimmen. Gewählt werden zu Vorsitzenden der Partei: Ebert mit 311, Schelbmann mit 312 Stimmen; zu Schriftführern: Braun mit 308, Bartels mit 318, Molkenbush mit 316, Hermann Müller mit 315, Pfannkuch mit 318, Frau Suchacz mit 310 Stimmen.

Zu Beisitzern: Eugen Ernst mit 313, Wels mit 308 Stimmen. In die Kontrollkommission werden gewählt: Brühne-Frankfurt a. M. mit 288, Bren-Hannover mit 251, Dr. Gradnauer-Dresden mit 272, Timm-München mit 219, Grünwald-Hamburg mit 279, Müller-Mieberbarnim mit 249, Fischer-Stuttgart mit 283, Böbe-Breslau mit 285, und Hengstbach-Eöln (Minderheitsvertreter) mit 133 Stimmen. Außerdem erhalten Stimmen: Hob-Norlsruhe 92, Weidmann-Bremen 94, Hertel-Brandenburg 97, Hoch-Hannau 88, Schmidt-Meißen 41, Reiffhaus-Erfurt 36, Brandes-Magdeburg 39, Landsberg-Magdeburg 20, Hug-Bam 2, Brüchner-Berlin 1.

Am heute in Wien zusammengetretenen Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie wird ein Begrüßungstelegramm gefandt, in dem der Parteitag auch dem Wunsche nach schneller Herbeiführung eines baldigen Friedens und der Wiederaufrichtung der Internationalen Ausdruck gibt.

Am letzten Verhandlungstage entspinnt sich noch eine Debatte über die Anträge Hamburg III, dem Parteiaussschuß Beschlußrecht zu erteilen, ferner: „Ein Mitglied des Parteivorstandes, das sich Handlungen zuschulden kommen läßt, die das Parteinteresse schädigen, oder mit demselben unvereinbar sind, kann auf Beschluß der Kontrollkommission von seinem Amt bis zum nächsten Parteitag entsetzt werden.“ Ferner soll dem Parteiaussschuß das Recht zu Ergründungen in die Kontrollkommission gegeben werden und gegen Mitglieder der Kontrollkommission dieselbe Möglichkeit der Amtsentfernung geschaffen werden, wie den Mitgliedern des Parteivorstandes.

Die Anträge begründet Grosse-Hamburg: Unsere Anträge scheinen doch eine unbedingte Notwendigkeit zu sein. Durch ihr Fehlen drohte der Partei während des Krieges ein Chaos. Wir waren zu tolerant gegen die Opposition (vielfache Zustimmung), der es nur um die Kasse ging, und das hätte uns beinahe die ganze Organisation gekostet. Ein Parteivorstand mit hinterhältigem Charakter muß aus der Partei entfernt werden können. Wir konnte man einen Parteivorstand länger im Amt bilden, der planmäßig Beschlüsse des Parteivorstandes durchkreuzte? Denken Sie an das „Gebot der Stunde“. (Sehr gut!) Es ist geradezu unerträglich, daß eine Person jahrelang keine Parteibeiträge zahlt und trotzdem die höchsten Ehrenämter in der Partei bekleidet. Leute, die niemals an dem Aufbau der Organisation mitgearbeitet, sondern sie nur als ihr Werkzeug benützt haben, ist die Organisation ja Sekula. Die Zukunft kann uns sehr rasch vor die wichtigsten Beschlüsse, etwa die Verteilung an der Regierung, stellen. Da brauchen wir aus Parteivorstand, Reichstagsfraktion, Kontrollkommission und Parteiaussschuß eine Instanz, die rasch verantwortliche Beschlüsse fassen kann. Deshalb müssen wir dem Parteiaussschuß Beschlußrecht geben. (Lebhafte Zustimmung.)

Schmidt-Meißen: Ich bitte alle Anträge abzulehnen, welche die Partei über den Krieg hinaus binden. Der heutige Parteitag gibt kein richtiges Stimmungsbild. (Große Unruhe.)

Vorsitzender Ebert: Ich muß diese Vorwürfe gegen den Parteitag und aller Entschiedenheit zurückweisen, sie sind ganz unbillig und durch nichts begründet. (Lebhafte Zustimmung.) Der Parteitag ist zusammengesetzt auf Grund des Organisationsstatuts. (Sehr wahr!) Die Kommission hat alle Mandate gepreist und gegen teils ist Einspruch erhoben worden. (Sehr richtig!) Diese unbedingten Vorwürfe in letzter Stunde verfolgen offenbar besondere Nebenwende. (Lebhafte Zustimmung.)

Schmidt-Meißen: Die Erregung des Vorsitzenden ist ganz unbegründet.

Vorsitzender Ebert: Ich bin in keiner Weise erregt, aber ich habe als Vorsitzender die Rechte des Parteitages zu wahren und das Recht lasse ich mir auch vom Genossen Schmidt nicht nehmen. (Beifall.)

Schmidt-Meißen: Ich bin ebenfalls befreit, das Rechte der Partei wahrzunehmen. Aber auf diesem Parteitag sind viele Kreise schwach, manche gar nicht vertreten. Der Parteiaussschuß hat gar keine demokratische Grundlage. Ich warne vor Gelegenheitsgesetzmacherei.

Hermann Müller (Parteivorstand): Unter Organisationsstatut ist unsere Verfassung. Deshalb wollen wir in aller Ruhe und Geduld über diese Anträge sprechen und uns nicht durch die Rede Schmidts vertreiben lassen, sie anzuhören. (Heiterkeit.) Der Parteivorstand hat ja ursprünglich dem Parteiaussschuß Beschlußrecht geben wollen, aber der Parteitag hat seinerzeit anders entschieden. Die Annahme der Hamburger Anträge ist unmöglich ohne grundsätzliche Änderung des ganzen Organisationsstatuts. Man müßte dann dem Parteiaussschuß ein Delegationsrecht zum Parteitag geben, müßte ihn gerechter zusammensetzen und das Recht der Selbstvertretung beseitigen. Auch die anderen Anträge sind in dieser Form nicht annehmbar. Selbst der Parteivorstand hat Anspruch auf ein geordnetes Rechtsverfahren. Ich denke, wir lassen es bei dem bisherigen Zustand. Wir haben ja auch mit dem Parteiaussschuß sehr gut zusammen gearbeitet. Er kann sich auch nicht beklagen, seine Beschlüsse haben im Kriege eine ungeheure Bedeutung erlangt und manche, wie die Annahme der Somjet-Formel vom 18. und 19. April, sind von weitgeschichtlicher Tragweite. Glauben wir diese fruchtbare Zusammenarbeit nicht durch das Aufrollen von Kompetenzkonflikten (Beifall.)

Böbe-Breslau: Ich stimme Müller bei. Ich habe das Wort verlangt, um Schmidt zu fragen, mit welchen Gründen und mit welcher Berechtigung er diesem Parteitag das Recht auf irgendwelche Beschlüsse beistellt. Die Genossen in der Heimat haben zugestimmt und was die Genossen im Felde betrifft, so ist der Parteitag seit vier Monaten öffentlich angeklagt und alle politisch interessierten Genossen hatten Gelegenheit, sich zu äußern. Wir bekommen täglich 300 Briefe aus dem Felde, aber es war nicht ein einziger Einspruch gegen den Parteitag darin. (Hört, hört!) Auch dem Parteivorstand ist kein einziger Protest zugegangen, dagegen haben unzählige Delegierte und das Bureau des Parteitages selbst Begrüßungsschreiben von allen Fronten erhalten. Ich stelle also fest: Niemand hat gegen diesen Parteitag protestiert und die Genossen im Felde haben unseren Beratungen von Herzen Obhut gewünscht. (Lebhafte Zustimmung.)

Damit schließt die Debatte. Die Hamburger Anträge werden abgelehnt mit Ausnahme eines Antrages, dem folgende Form gegeben ist:

„Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiaussschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ergänzung vorzunehmen.“

Die Wahl des Ortes für den nächsten Parteitag wird dem Parteivorstand und Parteiaussschuß überlassen.

Vorsitzender Ebert stellt fest, daß die Beschlüsse des Parteitages erledigt sind. Er dankt zunächst herzlich den Würzburger Genossen und dem Lokalkomitee, den Mitgliedern der Kommissionen und den Vertretern der Presse für ihre Mitarbeit zum Gelingen des Parteitages. Dann fährt er fort:

Die Verhandlungen des Parteitages sind mit Ernst und Emslichkeit geführt worden. Die Verhandlungen standen erpöcklich hoch und haben uns alle voll befriedigt. Die gesamte Tätigkeit der Partei während der letzten drei Jahre ist offen vor aller Welt ausge-

Aber wir müssen unsere weitergehenden Gedanken gerade jetzt, wo die Vorschläge dieser Kommission an das Plenum gelangen, in die breitesten Volksmassen tragen. (Bravo!) Meine von Winnig angelegte Forderung auf sofortige Entlassung der Kriegsteilnehmer entspricht der Forderung der Vorstandskonferenz und einem einstimmigen Beschluß der Handels- und Gewerbekommission des Reichstags. Die Rücksicht auf Arbeitsmangel darf kein Grund sein, die Kriegsteilnehmer länger als militärisch notwendig bei der Fahne zu halten. Der Heeresdienst ist keine sozialpolitische Schutzmaßnahme. (Sehr wahr!) Monatlang wird die Entlassung der Millionenheere ohne dies dauern, aber jeder soll vom Waffendienst frei werden, sobald dies militärisch erreichbar ist. Wer beim Privatunternehmer nicht Unterkommen findet, für den sollen öffentliche Arbeiter bereitgestellt werden. Wir dürfen keine Arbeitskraft brachliegen lassen, auch nicht für Wochen. Wir können sogar zwingende Vorschriften über Mindestlöhne erlassen, die kein Massenandrang auf die Arbeitsstellen setzen darf. Vor allem aber ist rasche Entlassung aller Kriegsteilnehmer, mag es wirtschaftlich liegen, wie immer, eine ideale seelische Notwendigkeit für unsere Kriegsteilnehmer und unser Volk. (Beifall.) Für die Kriegserntner fordern wir ein geordnetes Spruchverfahren. In diesem Sinne wird die Fraktion arbeiten. (Beifall.)

Cunow (Schlußwort): Alle Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind in Umbildung begriffen: Kapitalanhäufung, Kapitalbildung, die ganze Klassenstruktur. Die kapitalistische Wirtschaft ist nicht zusammengebrochen, sondern steht noch ziemlich fest. Aber sie hat Anzeichen beim sozialistischen Organisationsgedanken machen müssen, um sich zu halten. Die weitere Entwicklung läßt sich sehr schwer beurteilen. Sehr viel hängt dabei von den Friedensbedingungen ab, von Entschädigungen, Währungsregulierung und günstigen Wirtschaftsbeziehungen. Der

#### englische Wirtschaftskrieg

wird wahrscheinlich unter der Decke weitergehen. Das beweisen die Beschlüsse der Special Federation Commission unter Bonar Law. Der geplante Reichssozialverband vernichtet den englischen Freihandel und gewährt den englischen Kolonien Vorzugsbehandlung. Derartige Angriffen wird unser Handel nach dem Kriege vielfach ausgeföhrt sein. Das ganze Gebiet der künftigen Zoll- und Wirtschaftspolitik ist außerordentlich kritisch. Wir können uns heute nicht binden, mein Referat ist nicht einmal für mich durchaus bindend, denn es bezieht sich ganz auf Wahrscheinlichkeitsberechnung. Das gesamte Material sollte am besten einer Kommission überwiesen werden. Auch die Kolonialfrage bedarf neuer Behandlung. England sucht alle Rohstoffe für sich zu sichern, damit wir davon ausgeschlossen bleiben. (Hört! Hört!) Bei der Verteilung der Rohstoffe im Ausland müssen die leistungsfähigen Betriebe ausgeschlossen bleiben. Wir dürfen nicht Geschäftspolitik treiben, sondern volkswirtschaftliche Politik, sonst halten wir die Konkurrenz mit England nicht aus, das sieberhaft auch für die Zukunft rüht. (Hört! Hört!) In direktem Widerspruch zu Wiffels Referat stehen meine Forderungen nicht. Ich fordere die weitgehendste Entlassung der Kriegsteilnehmer. Wiffel will doch auch Rücksicht auf die Wiederaufnahme der normalen Wirtschaftstätigkeit nehmen, nur nicht auf den Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt ist aber doch ein Teil der Wirtschaft. Wir meinen wohl beide, man soll die Soldaten nicht mehr weiß wie lange bei der Fahne halten, weil man noch keine Arbeit für sie bereitgestellt hat. Staat und Gemeinde müssen eben für genügende Arbeitsgelegenheit sorgen und können es auch. Die Soldaten, die bei der Fahne gehalten werden, brauchen ja auch nicht schwerer Dienst zu tun, sondern können beurlaubt werden. Aber wir dürfen nicht auf einmal Millionen Menschen auf den ungefähren Arbeitsmarkt werfen. Auch wird es viel schwerer sein, eine ausreichende Unterstützung der ganz Arbeitslosen durchzuführen, als wirklich gemeinnützige Arbeiten einzurichten. Manche Industrien entbehren aller Rohstoffe und fast aller Maschinen. Wer kann daran denken, die Gesamtarbeiterschaft jahrelang zu unterstützen? Die Umwälzung zur Kriegswirtschaft erfolgte unter den günstigsten Umständen bei sehr starkem Rohstoffvorrat. Nach dem Kriege werden ganze Industrien bei aller Vermühung keine Rohstoffe bekommen können. So zerfällt sich die Frage in viele Einzelheiten, sie bedarf der gründlichen Arbeit in einer Kommission. Diese Kommission kann auch Programmrevision vorbereiten, denn das neue Programm muß doch wirtschaftswissenschaftlich fundiert werden. Das Erfurter Programm war durch die Tatsachen teilweise überholt, als es beschlossen wurde. (Sehr wahr!) Das neue Programm soll den Tatsachen und dem wirklichen Stand der Wissenschaft gerecht werden. Allerdings leben wir nicht nur in einer Zeit der Umwälzung, sondern auch in einer Umwälzung unserer Lehre. Die einzige Gemüßheit, die wir haben, ist die, daß die Entwicklung immer klarer in der Richtung zum Sozialismus führt. Wir kommen tatsächlich vorwärts, die Entwicklung arbeitet für uns. (Lebhafte Zustimmung.)

#### Scheidemann (Schlußwort):

Die Anträge werden mir am besten teils der Fraktion, teils dem Parteivorstand überweisen. Der Parteivorstand wird eine Kommission einberufen, welche die ihr zugewiesenen Arbeiten dann erledigen kann. Im übrigen habe ich keine Verantwortung, sachlich auf Einzelfragen zurückzukommen. In der Forderung einer durchgreifenden Sozialpolitik hat sich vollkommene Übereinstimmung ergeben. Lieber die großen Aufgaben beim Wiederaufbau der Volkswirtschaft ist Klarheit geschaffen worden. In der Steuerfrage haben die einzelnen Redner verschiedene Forderungen in den Vordergrund gerückt, aber einig waren wir uns im allgemeinen Grundged: Schutz der Schwachen, scharfes Zugreifen beim Reicht. Die Übereinstimmung in der Frage der Demokratisierung war selbstverständlich. Besonders erhellend und erhebend war die Entschlossenheit, die Demokratisierung auch durchzuführen. Wir haben in voller Klarheit ausgesprochen: Fort mit allen Hindernissen der Demokratisierung und Parlamentarisierung im Reich. (Bravo!)

Das Reich. (Bravo!)

Das Reich. (Bravo!)

Das Reich. (Bravo!)

(Stürmische Zustimmung.) Dr. Michaelis hat in schwerer Zeit ohne die geringste Fühlungnahme mit der Volksernährung einen Posten übernommen, dem er in keiner Weise gewachsen ist. (Sehr wahr!) Auf ihn trifft das Wort des früheren Kanzlers Bethmann-Hollweg zu: „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht versteht!“ (Lebhafte Zustimmung.) Mit der Verschleppung der längst geforderten und längst versprochenen Wahlreform bis heute und mit ihrer Verwässerung kriecht man ein gefährliches Spiel. Da sagen wir: Finger weg! Ihr spielt mit dem Feuer! (Allgemeines Sehr richtig!) Wir feilschen nicht um dieses Wahlrecht und wir dulden keinen Ausschlag. (Stürmischer Beifall.) Wir fordern es sofort und fordern es ganz. (Erneuter Beifall.) Ungeheures hat das deutsche Volk geleistet und erduldet. Im Namen der deutschen Sozialdemokratie große ich herzlich unsere Brüder an allen Fronten, die das deutsche Volk verteidigt und gerettet haben. (Lebhafte allgemeine Zustimmung.) Wer wagt ihnen noch länger Rechte vorzuenthalten, die für jeden selbstverständlich sind, der aus der Not der Zeit Gewinn gezogen hat. Das dulden wir nicht und ein Mann, der sich einbildet, wir könnten das dulden. (Wichtiges Sehr wahr!) Die Vaterlandspartei treibt unter dem Vorgeben, die Interessen des Reiches zu vertreten, mit ihrem reaktionären Widerstand gegen den notwendigen Fortschritt ein gefährliches Vabanquespel. Auch hier ist jedes weitere Wort überflüssig, wir wissen, was wir wollen, und werden es schaffen. (Stürmischer Beifall.) Im Kampfe um ihr Recht wird die deutsche Arbeiterklasse gemeinsam und geschlossen marschieren. Davon bin ich überzeugt. Den Genossen aber rufe ich zu: Hört uns, Ihr seid gewarnt! (Stürmischer, wiederholter Beifall und langanhaltendes Händeklatschen.)



O Schönheit aller Schönen... in jenem Wehn, zu weihen unsre Lieber, daß sie dich freudig auf zum Himmel schwingen...

Eine in allen Punkten wohlgelungene Feier fand am Sonntag im Gewerbehause statt... 25 Jahren erfolgten Gründung des Arbeitergesangvereins...

Auch wir wünschen dem Jubilar eine gesunde Weiterentwicklung, einen Stamm sangesfroher Brüder und Schwestern...

Stadttheater

Immer wieder haben wir Anlaß, die gewaltige dichterische Gestaltungskraft Shakespeares zu bewundern... erarischen Werke seiner Zeit...

Dines Globus-Theater

Auch das diesmalige Programm des beliebten Spezialitäten-Theaters findet allabendlich reichen Beifall...

bedeutet, was zur Sicherung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen der Arbeiter gehören muß... Die von dem Bund...

Nichtaktives haben wir unsere Beziehungen zur proletarischen Internationale besprochen... Der Haß, der überall in der Welt...

Die oösterreichische Sozialdemokratie lebe hoch! Die Delegierten stimmen begeistert in das dreifache Hoch ein...

Vorsitzender Ebert: Der Parteitag ist geschlossen.

Die jüngsten Kriegsergebnisse

Von Richard Mühl, früherer Artillerieoberst.

Im allgemeinen ist der Krieg in den letzten Wochen nicht wesentlich von der Stelle gerückt... Gewiß haben blutige Kämpfe...

Immerhin werden die großen Angriffe der Engländer in Flandern schwerlich ohne jede Rücksicht auf die wachsenden Ernährungschwierigkeiten angeordnet sein...

Wenn das der Sinn der großen englischen Angriffe vom 4. und 12. Oktober war, so dürfen wir sie als volle Mißerfolge des Gegners buchen... Wir werden aber gleichzeitig darauf gefaßt sein...

Die irreführende Einheit der Führung auf deutscher Seite hat es ihr erlaubt, von den Verhältnissen Nutzen zu ziehen... Riga und Jakobstadt sind Zeugen ihrer kraftvollen Unternehmungslust...

Die Eroberung der Inselgruppe gibt der deutschen Flotte die beherrschende Stellung im östlichen Teile der Ostsee... die beherrschende Stellung im östlichen Teile der Ostsee...



erweckt die unheimliche „Stiefelmot“ der Direktor Dinsje in wirkungsvoller Weise die Hauptrolle darstellt. An kalten Abenden ist das Theater geheißt. Heute Sonnabend 8 Uhr ist wieder der reichhaltige Spezialentwurf und die „Stiefelmot“. Morgen, Sonntag, sind die großen Vorstellungen um 3½ und um 7 Uhr.

### Eine Frauenversammlung

Anstalt der Sozialdemokratischen Verein Danzig-Stadt am Sonntag den 28. Oktober, nachmittags 3½ Uhr, im Lokale der Ww. Steppuhn in Schildh. Als Referent Genosse Wilhelm Schulz, Bromberg, gewonnen worden. Er wird sprechen über: „Frauenarbeit und Frauenrecht“.

Dieses zeitgemäße Thema muß alle erwerbstätigen Frauen und Mädchen veranlassen, die Versammlung zu besuchen. Millionen von Frauen leisten jetzt schwere und gefährliche Arbeit an Stelle der Männer. Sie opfern in dieser Zeit Gesundheit, Lebens- und Muttersglück und haben ein Recht zu fordern, um öffentlichen Leben den Männern gleichgestellt zu werden. Ueber diese und andere wichtige Fragen soll die Versammlung sich äußern. Es empfiehlt sich daher, für möglichst frühen Besuch der Versammlung zu agitieren.

### Die Schließung der offenen Verkaufsstellen

wie uns mitgeteilt wird, den Hauptzweck, so viel als mögliche Beleuchtung zu sparen. Die freigegebene Zeit von 9 Uhr nachmittags bis 4 Uhr nachmittags (am Sonnabend bis 8 Uhr nachmittags) muß zum Einkauf hinreichen. Eine Ausnahme ist lediglich für die Lebensmittelgeschäfte gemacht, die von 8 Uhr nachmittags bis 7 Uhr abends geöffnet sein dürfen.

Zu den Lebensmittelgeschäften gehören auch die Geschäfte, welche Reis, Konfekt und ähnliche Waren verkaufen. Weine und Liköre sind keine Lebensmittel, sondern Genussmittel. Die offenen Verkaufsstellen für diese Waren müssen daher um 4 Uhr nachmittags geschlossen werden. Offene Verkaufsstellen sind Läden, Magazine, Bäckereien, Buden, Verkaufstände und andere Orte, an denen Waren für die Öffentlichkeit zum Mitnehmen verkauft werden, nicht dagegen Verkaufsstellen, in denen ein Ausschank stattfindet. Für letztere gelten besondere Bestimmungen, ebenso für die Apotheken, die auch unter dem Schutz der Bekannmachung der Kommandantur verbleiben dürfen.

Gestattet ist die Ausführung der nötigen Kontorarbeiten innerhalb der Öffnungszeiten. Die Verpflichtung der Angestellten, solche Arbeiten auszuführen, wird durch die Bekannmachung der Kommandantur nicht berührt.

In ganz seltenen Fällen können Umstände vorliegen, welche die Behörden möglicherweise veranlassen würden, nicht zuzustimmen, wenn auch streng genommen ein Verstoß gegen die Bekannmachung der Kommandantur vorliegt. Wenn z. B. gesundheitliche Gründe eine Leiche noch abends in der öffentlichen Straße gescharrt werden muß, wird nichts dagegen einzuwenden sein, daß der Sarghändler auch nach 4 Uhr abends Angehörigen der verstorbenen Person seinen schon geöffneten Laden noch einmal öffnet, damit sie einen Sarg ausleihen können. Es handelt sich aber immer nur um Ausnahmefälle. Wer in anderen Fällen die Bekannmachung verstoßt, setzt sich strenger Bestrafung aus.

### Städtische Milchversorgung.

Die Stadt Danzig hat die Milchversorgung neuerdings eigene Verwaltung genommen! Trotz erheblicher Abneigung gegen den städtischen Betrieb wurde die Stadt dazu durch die Eigenmühsamkeit des „freien Handels“ gezwungen! Die städtischen Organe stellen fest, daß selbst der streng durchgeführte Kartenzwang die Lieferung der Milch für Kinder und Kranke nicht sicherte. Wöchentlich entzogen die Händler den städtischen 2000 bis 3000 Liter des kostbaren Ernährungsgutes und gaben ihn im Schleichhandel an die besten Käufer ab. Dieses Treiben soll durch die städtische Überwachung des Milchgroßhandels verhindert werden.

Angesichts solcher Vorkommnisse versteht man nicht, wo die Freunde der „Freiheit des Handels“ noch immer den Mut zu ihren an manchen Orten sehr lauten Lobreden nehmen. Wissenlos ist doch wirklich nicht mehr zu handeln, als jetzt den Kindern, Kranken die Milch um schändlichen Wuchergewinn zu entziehen. In solchen trassen Fällen müßte gegen die Kapitalisten am Volkswohl umachtsächlich auch strafrechtlich vorgegangen werden. Würden die Städte von vornherein dieses andere Nahrungsmittel in eigenen Betrieb genommen, so hätte die profitgierige Benachteiligung der Kinder, Kranken gar nicht und nirgends erfolgen können. Die Stadt Straßburg hat längst gezeigt, wie es gerade mit der Milch gemacht werden muß. Durch ihre eigene wissenschaftliche Milchmusterschleife liefert sie der Bevölkerung die reinste Milch. Dadurch schützt sie die Gesundheit der Kinder, was im privaten Wege niemals möglich ist. Unterschleife sind ebenfalls unmöglich. Deshalb müssen die städtischen Lieferungen überall immer wieder gedrängt werden, ihre Pflicht in derselben Weise zu erfüllen.

### Festsetzung des Weizenpreises

Verbrauchervertreter der Preiscommission der Provinzialregierung für Gemüse und Obst, haben sich an die Provinzialregierung gewandt und gebeten, möglichst bald Handelshöchstpreise für Weizen für die ganze Provinz festzusetzen. Der Erzeugerpreis ist im Reich mit 1,75 Mark für den Zentner festgesetzt worden. Für diesen Preis werden die Weizen tatsächlich auch auf Grund der Lieferungsverträge geliefert. In Danzig sind nun aber im Kleinhandel Preise von 20 und 25 Mark für den Zentner gefordert worden. Um diesem Unangenehmen sofort einen Riegel vorzusetzen, hat der Provinzialrat für Danzig einen Kleinhandelspreis von 8 Mark festgesetzt. Die Festsetzung von Höchstpreisen seitens einer Stadt ist aber den Verhältnissen mit sich, daß die Ware dort hinreichend ist, wo der Käufer nicht unterbunden oder etwas bezahlt wird. Deshalb wird von den Antragstellern die Festsetzung von Höchstpreisen für die ganze Provinz festzusetzen und bei unter dem Preis von 8 Mark herunterzugehen. Der Kleinhandel darf nicht mehr verdienen, als die Ware wert ist.

**Hopfen statt Tabak!** Den Rauchern stehen für die Zukunft neue, seltene Genüsse in Aussicht. Es handelt sich um die Verwendung von Hopfen als Tabakersatz. Der Hopfen wird gemahlen und durch „chemische Zusätze“ zu einem „annehmlichen Rauchmaterial“ verarbeitet. Bisher sollen für diese Zwecke 20 000 Zentner Hopfen angekauft worden sein. — Die „echte“, „edle Gewächse“, die zu „deutschem Kriegsrauchmaterial“ Verwendung finden, wird also immer größer. Neben den „echten Sorten“ aus Northeim, dem Eichsfelde, Westfalen und Ostfalen (das sind jetzt mit die besten) sind Rosen-, Linden-, Sonnenblumen-, Topfambur-, Sauer-, Gäß- und Weichselstrauchblätter sehr gefuchte Mittel für die „Tabak“herstellung geworden; dazu nun der Hopfen — wahrlich, wenn noch der Deklarationszwang eingeführt wird, dann kann jeder Raucher nach seinem Geschmack fertig werden!

### Der Honigjammern

Wo der Honig eigentlich geblieben ist, wissen weder die Konsumenten noch die Reichszuckerstelle; jetzt steht nur, daß er für die große Masse verschwunden bleibt. Mit welchen Mitteln die Imker ihr Verhalten gegenüber den Höchstpreisen zu verschleiern suchen, beweist die Antwort, die die Großimkeret von Wilhelm Böbling in Biffelhövede an ihre Kundschaft verfaßt hat:

„Infolge des ungünstigen Wetters während der Heideblüte ist hier die diesjährige Honigernte schlecht zu nennen. Hinzu kommt, daß die Regierung keinen Bienenzucker zur Ueberwinterung der Bienenzucht-Völker freigibt, so daß die schwersten Stöße zu Standbienen stehen bleiben müssen, weshalb ich Ihnen zu meinem Bedauern in diesem Jahre keinen Honig liefern kann.“

Tatsache ist, daß die Imker für jedes Bolk 6½ Kilo Zucker für die Frühjahr- und Winterfütterung herbeizubringen haben und daß den Imkern der Provinz Hannover, wozu auch Biffelhövede gehört, außerdem eine besondere Zulage bewilligt worden ist.

D. Verbraucher fragen erneut: Gibt es kein Mittel, dem Treiben solcher Imker Einhalt zu tun?

### Medienburgisches

Der Vorsitzende des Ortsausschusses für Konsumenteninteressen in Schwerin erstattet eine Anzeige gegen einen Hofbäcker, weil derselbe für kleine Semmeln dreimal soviel nimmt, wie der Höchstpreis beträgt. Der Erste Staatsanwalt in Schwerin stellte darauf fest, daß es sich um eine Ware handelt, die nach Zutaten und Form den Zwiebacken entspricht; die Semmeln brauchten nur noch durchgeschnitten und zum zweiten Male gebacken werden, dann wären es Zwiebäcke (Hartware) geworden. Darauf lehnte die Staatsanwaltschaft das Einschreiten ab, weil die Ware als Zwiebäcke „anzusehen“ sei, für welche Höchstpreise nicht bestehen. Sollte dieser Grundlag Allgemeinut der Staatsanwaltschaften werden, so wird es für die Folge nicht mehr nötig sein, zwecks Umgehung der Höchstpreise die Lebensmittel irgend einer besonderen Behandlung zu unterziehen! Dann können Heringe, welche sich zum Räuchern eignen, ohne weiteres als „Bücklinge“ „anzusehen“ werden.

### Die Sohlenjohner.

Ab 1. Oktober ist bekanntlich durch die Erbschuhjohner-Gesellschaft die Herstellung und ab 1. Dezember auch der Vertrieb der Sohlenjohner aus Leder verboten worden. Diese Maßnahme ist einer der unverständlichsten der so überreichen Mißgriffe der Kriegszeit. Man kann sagen, daß bei der Knappheit der Lederrohstoffe die Lederjohner bisher noch einzigermaßen geordnet waren, den Mangel auszugleichen. Nun sollen auch sie verschwinden. Eigentlich nicht verschwinden, sondern das Unterste unter das Schuhzeug soll nur noch durch Schuhmacherwerkstätten erfolgen dürfen. So haben es die Schuster in Sachen verlangt und die Sohlenjohner-Gesellschaft hat dem Begehren durch das Verbot stattgegeben. Das Verbot bezweckt also die Aufrechterhaltung der Schusterregister. Das Interesse einer Hand voll Schuhjöhler wird über das der gesamten Bevölkerung gestellt, besonders über das der breiten minderbemittelten Kreise! Diese einseitige Interessenpolitik ist nicht neu, sie ist ein Glied in der Kette vieler kriegswirtschaftlicher Maßnahmen. Aus ihr erklären sich so manche Unzuträglichkeiten und Ungeheuerlichkeiten, die dem Allgemeinwohl so oft tiefe blutende Wunden geschlagen haben. Es muß demgegenüber der Grundlag vertreten werden, daß wenn die Voraussetzungen für die Existenz eines Gewerbes fehlen, dessen Angehörige in anderen Betrieben untergebracht werden, wo sie eine lohnende Beschäftigung finden können. Es ist aber ein Unding, sie auf Kosten der Arbeiter und sonstigen kleinen Existenzen künstlich über Wasser halten zu wollen. Leider ist von dieser Widerständigkeit schon in viel zu weitem Maße Gebrauch gemacht worden. Es wird höchste Zeit, daß mit dieser verkehrten Politik aufgeräumt wird. Auf die Dauer ist sie ohnedem unhaltbar. Das Verbot sollte deshalb umgehend wieder aufgehoben werden. Schließlich wird es doch nicht den Erfolg zur Erhaltung der Schusterregister haben. Denn wenn die Schuhmacherwerkstätten nicht ohne die Arbeit der Lederjohnerneigung zu existieren vermögen, so auch nicht mit dieser Hilfe. Für den Arbeiter, den kleinen Beamten und sonstige kleine Existenzen ist aber das Verbot eine neue ungerechtfertigte Belastung. Darum fort damit!

### Unklarheiten über das Verbot, Mietssteigerungen

vorzunehmen, bestehen leider immer noch bei einem großen Teil Mieter. So ist es wiederholt vorgekommen, daß Leute ihre Wohnung kündigten, weil sie eine für ihre Verhältnisse besser passende Wohnung in Aussicht hatten, ohne sich davon überzeugt zu haben, daß die Räumung der neuen Wohnung genehmigt ist. Bistweilen war das nicht der Fall, was zur Folge hatte, daß der bedauernde Mieter doch seine alte Wohnung aufgegeben hatte, die neue aber nicht bekommen konnte. Das sollte zur Vorsicht mahnen.

Mietssteigerungen sollten nicht ohne weiteres hingenommen werden. Es empfiehlt sich in solchem Falle, sich die Genehmigung der Kommandantur vorlegen zu lassen. Auch kann das Mieteingangsamt angerufen werden.

**Nach der Verteuerung der Eisenbahnfahrpreise bei der Benutzung von Gütern und Schnellzügen hat sich überall in den ersten Tagen ein deutlicher Rückgang des Verkehrs bemerkbar gemacht. Dies gilt auch für den Schnellzugverkehr zwischen Königsberg und Danzig mit Berlin.**

Es ist im höchsten Grade bedauerlich, daß der Rückgang durch eine Maßnahme verursacht wurde, die nur solche Reisende vom Verkehr ausschließt, die ihn nicht mehr bezahlen können. Während diejenigen, deren Portomanne es erlaubt, nach wie vor die zwecklosesten Reisen nur viel bequemer als bisher unternehmen dürfen.

### Mehr Säuglings- und Kleinkinderschutz

Aus der Schwurgerichtsverhandlung vom 20. Oktober wurde berichtet, wie ein vergewaltigtes Mädchen an ihrer 14tägigen Tochter eine Tötung durch Ersticken beging, weil sie vollkommen hilflos war und man sie mit ihrem Kinde einfach auf die Straße legte. In der Verzweiflung beging sie die Tötung und es entsprach dem Volksempfinden, wenn die Geschworenen das Mädchen freisprachen. Dieses trasse Beispiel aus der lebendigen Wirklichkeit gibt uns aber eine wichtige Lehre. Es bedarf keiner weiteren Erörterung, daß wir alles daran zu setzen haben, um die Volksvermehrung zu unterstützen. In dieser Richtung sind auch Kräfte mobil gemacht. Der Säuglings- und Kleinkinderschutz ist über das ganze Reich organisiert und auch in Danzig besteht eine Ortsgruppe. Die Zahl der unehelichen Kinder ist erheblich und sie bilden einige Armeekorps. Man mag über die Väter und Mütter dieser unehelichen Kinder denken, wie man will, viele Väter nehmen sogar Ehrenstellungen ein, so viel bleibt unbestritten, daß die Kinder an ihrem Dasein ebenso unschuldig sind, wie die ehelichen Kinder. An ihnen darf man also keinen Unmut nicht auslassen. Und auch das ist unbestritten, daß diese Kinder bei guter Erziehung dem Vaterlande die gleichen Dienste leisten können, wie andere Kinder. Ebenso sicher ist es jedoch, daß diese bedauernden Kinder von ihrer Geburt ab sehr schlecht behandelt werden. Nicht alle Kinder werden gewaltam erstickt, aber die meisten werden mit mehr oder weniger Absicht ungenügend ernährt, schlecht behandelt und dem Scharf, und viele dem Tode zugeführt. Die Allgörmehrheit hat das größte Interesse und auch die Pflicht, hier helfend einzugreifen. Jede Mutter, die ihr Kind nicht zu ernähren vermag, müßte das Recht haben, es der Gemeinde zur Erziehung zu übergeben. In Danzig könnte das Säuglingsheim in dieser Richtung ausgebaut werden. Oft könnte man die Mütter als Ammen verwenden. Für die Kinder müßte auch über das Säuglingsalter hinaus gesorgt werden. Die Fürsorge, die man diesen Kindern angedeihen läßt, würde sich reichlich bezahlt machen.

### Hebammengebühren bei Reichswochenhilfe

In einer ganzen Anzahl von Fällen haben Hebammen ihre Gebühren bis zur Höhe des in dem Gesetz über die Reichswochenhilfe vorgesehenen Betrages der Entbindungskosten von 25 Mk. gesteigert. Die Unzulässigkeit dieser Gebührenergebnisse ist schon mehrfach amtlich hervorgehoben worden. Jetzt liegt ein Erlaß des preussischen Ministeriums des Innern vom 4. August 1917 (S. M. Bl. S. 252) vor, der an die Regierungspräsidenten gerichtet ist:

„In verschiedenen Orten sind Streitigkeiten über die Frage entstanden, in welcher Höhe die Hebammengebühren in solchen Fällen zu nehmen berechtigt sind, in denen die Krankenkassen die Gebühren aus der Reichswochenhilfe decken.“

An sich soll der Betrag der Reichswochenhilfe ein Betrag zu den gesamten Kosten der Entbindung sein, also nicht allein für die Bezahlung der Hebammen dienen. Doch haben die Hebammen in allen Fällen wenigstens auf Bezahlung der Mindestgebühren Anspruch, und zwar auch dann, wenn diese mit Rücksicht auf besonders schwierige und langdauernde Hilfeleistungen der Hebammen den Betrag der Reichswochenhilfe erreichen oder übersteigen sollten.

Der Regierungspräsident in Köln hat nun durch Verordnung vom 15. März 1915 zur Behebung von Zweifeln bestimmt, daß die niedrigste Sätze der Gebührenordnung für Hebammen auch in denjenigen Fällen Anwendung finden sollen, wo die Reichswochenhilfe zu leisten ist. Für den Fall, daß für den dortigen Bezirk ein Bedürfnis zulage getreten ist, stelle ich anheim, eine ähnliche Anordnung wie im Kölner Bezirk zu erlassen.“

Der Erlaß ist ohne Zweifel notwendig geworden durch Klagen der Wöchnerinnen, denen für die Entbindung mehr als die Mindestsätze der Gebührenordnung für Hebammen abverlangt worden ist, obwohl sie Reichswochenhilfe beziehen.

### Die Gewerbe-Inspektion

früher in Danzig-Langfuhr, Heiligenbrunner Weg 3, hat ihre Geschäftsräume verlegt. Sie befindet sich jetzt Danzig-Langfuhr, Gustav-Adolf-Weg 6, 1 Treppe.

### Helfer für das besetzte Gebiet.

Zur Verwendung bei Militärbehörden und Zivilverwaltung im Bezirke der Etappen-Inspektion 8 in Mitau werden von der Kriegsamtsstelle Danzig Helfer (Hilfsdienstpflichtige) für eine Reihe von Beschäftigungsarten gesucht. Näheres ist aus der Bekannmachung im Anzeigenteil zu ersehen.

### Schwurgericht.

Am Sonnabend nahm die laufende und letzte Schwurgerichtszeit dieses Jahres ihr Ende. Zwei Straffachen kamen zur Entscheidung. Die erste betraf einen Totschlag, den das Dienstmädchen Auguste Knack in Danzig am 31. Mai an ihrer 14 Tage alten Tochter Ida beging. Die Verhandlung spielte nach Ostpreußen hinein und gab ein Bild unserer Kriegszeit. Die Angeklagte ist geistig etwas zurückgeblieben und lebte bei ihren Eltern, einem Besitzer in Ostpreußen, als der Krieg ausbrach. Mit den Eltern mußte sie zweimal vor den Russen stehen und als sie dann in der Heimat zur Ruhe kamen, waren die Russen wieder da, aber diesmal als Gefangene. Ein russischer Gefangener überfiel die Angeklagte und vergewaltigte sie im November des Vorjahres. Als das Mädchen bemerkte, daß der Vorfall nicht ohne Folgen blieb, fragte sie in Dirschau eine Frau um Rat. Ihr wurde gesagt, sie solle sich in Danzig vermieten und feinerzeit in die Hebammenlehre einsteigen. Diesem Rats leistete das Mädchen Folge und wurde am 17. Mai entbunden. Das Kind war gesund und am 26. Mai wurde das Mädchen aus der Anstalt entlassen. Sie ging dann in Danzig in eine Pension, doch an ihr war nichts zu verdienen und so wurde sie bald mit ihrem Kinde auf die Straße gesetzt. Vollkommen hilflos stand eine junge



Mutter will ihren Kinde in fremder Welt. In ihrer Verzweiflung fuhr sie wieder nach Danzig und auf dem Wege zu der Frau tödete sie ihr Kind. Sie drückte ihm das Messer auf den Mund, so daß der Erstickenstod eintreten mußte. Mit dem toten Kinde ging sie dann zu der Frau, die aber ihre Aufnahme ablehnte und sie wieder nach Danzig zurückverwies. Die Angeklagte fuhr mit dem toten Kinde nach Danzig zurück und hier kam die Straftat dann zur weiteren Verfolgung. Die Angeklagte war gelänbig. Der medizinische Sachverständige befandete, daß hier ein Erstickenstod vorliege und daß die Angeklagte eine geminderte sittliche Widerstandskraft besitze und nicht mit voller Ueberlegung gehandelt habe. Der Staatsanwalt beantragte, die Schuldfrage unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu bejahen. Der Verteidiger bat um Freisprechung, da sich die Angeklagte bei Begehung der Tat in einem Geisteszustande befunden habe, der die freie Willensbestimmung ausschloß. Die Geschworenen seien in ihrem Wahrspruch nicht an das Gutachten des Sachverständigen gebunden. Die Geschworenen entsprachen dem Antrage des Verteidigers und verneinten die Schuldfrage nach Totschlag. Das Gericht verkündete demgemäß die Freisprechung und sofortige Haftentlassung.

## Aus Westpreußen

### Ausdeutsche Agitation im Kreise Flatow

Eine rege politische Tätigkeit wird seit einiger Zeit im Reichstagswahlkreise Schlochau-Flatow entfaltet. Reichstagsabgeordneter Baron Knigge sprach in mehreren Versammlungen über die politische Lage und etwa 14 Tage später redete Landtagsabgeordneter Dr. Kossick über die Tätigkeit des Landtages während des Krieges und die Steuerorganisation. Baron Knigge bekämpfte die Friedensaktion des Reichstags und sprach für die Vaterlandspartei und einen öffentlichen — Frieden. Dr. Kossick lehnte mit Entschiedenheit jede Parlamentarisierung und Neuorientierung unserer politischen Verhältnisse ab. Unterstützt wurden diese Reden durch einen Aufruf in der „Flatower Zeitung“, den die Damen von Vicres, Pasterwitz, Kreis Breslau, von Wilkens, Sypniewo, Kreis Flatow, und Baronin Knigge, Grünau, Kreis Flatow, an „Deutsche Mütter, deutsche Frauen und Mädchen“ gerichtet haben. Der „Aufruf“ wendet sich scharf gegen „einen schwächlichen und verächtlichen Verständigungsfrieden“ und hält es für undenkbar, „daß deutsche Demagogen uns um unseren ganzen Ruhm und Erfolg betrogen sollen, für den wir unser eigenes Fleisch und Blut hingegeben haben“. „Wir haben“, so heißt es weiter in dem Aufruf, „unsere Söhne geboren und erzogen, damit sie das Vaterland schirmen und sichern. Ist denn alles in der Welt auf den Kopf gestellt und sollen die Sieger die Besiegten um Gnade bitten? ...“ In diesem Tone wird nach einer Weile weiter gegen „die jämmerliche Haltung mancher deutscher Kreise“ gewettert, die „Deutschland schadet“ und die Geschäfte des Auslandes besorgen. Zum Schluß singt der famose Aufruf aus in die Aufforderung an jede deutsche Mutter und Frau, jedes deutsche Mädchen das ebenso denkt, ihre Zustimmung an die Zeitung zu senden, „damit aus der Fülle derartigen Rundgebungen heraus durch berufene Männer der deutschen Volkvertretung gezeigt wird, wie Deutschlands Frauen, die ihr Liebste fürs Vaterland dahingaben, über die schwächliche Sucht nach einem Frieden der Verständigung denken“. Die drei unterzeichneten Damen müssen sich nach dieser anstrengenden Leistung doch noch ziemlich stark fühlen. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß diese Damen ihren Aufruf nicht geschrieben bezw. veröffentlicht hätten, wenn sie Arbeiterfrauen wären, ihre Männer im Felde händen und sie selbst alle Kriegsnöte unserer Arbeiterfrauen durchlitten und dabei bittere Not leiden müßten. Sie würden dann sicherlich jeden auslachen, der an sie herantreten wollte mit der Aufforderung, sich gegen einen vernünftigen Verständigungsfrieden zu erklären. Wir können den Damen nur raten, sich weitere Aufrufe ruhig zu ersparen. Denn im Kreise Flatow gibt es keine Arbeiterkriegerfrau, die den entsetzlichen Krieg durch solche Torheiten verlängern helfen möchte.

Während die Herren Baron Knigge und Dr. Kossick ihre Versammlungen ungehindert abhalten konnten, wurde dem Sozialdemokratischen Verein in Flatow die Abhaltung einer öffentlichen Frauenversammlung unter dem Titel „Frauenarbeit und Frauenrecht“, über das Genosse Weber referieren sollte, verboten. Kommissar überflüssig.

Sting, 19. Oktober. Einem manchem beliebigen Entschluß... (Text is partially illegible due to image quality)

Sting, 19. Oktober. Einem manchem beliebigen Entschluß... (Text is partially illegible due to image quality)



**Danse-Ollobus-Theater**

Montag Sonntag um 8 Uhr! und Morgen Sonntag um 7 Uhr

**3 1/2 Uhr Das neue Oktober- 7 Uhr**

**Varieté-Programm**

und **Stiefel-Not!** urkomische Posse.

Montag und folgende Tage: **Grosse Vorstellungen!**

als dieser mit Gelächern der Pferde drohte, bequeme die Frau sich zum Halten des Wagens. Mit Galgenhumor erklärte die G. dem Beamten, die 8 Vier wären ihre „Wegzehrung“ auf dem Wege zur Stadt. Wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt erhielt die G. 20 Mark Geldstrafe oder 2 Tage Gefängnis.

Sehr, wie von dem überraschend milden Urteil ab, so ließ sich der Vorfall, die zynische Bemerkung eines so kostbaren Nahrungsmittels, wie eine Barbarei aus der Kassenzeit.

Grudenz, 17. Oktober. Die städtische Gasanstalt muß im Laufe des heutigen Nachmittags wegen gänzlichen Kohlenmangels den Betrieb einstellen. Es sind in den letzten Wochen täglich höchstens 600 Zentner, manchmal auch nur 300 Zentner oder auch gar keine Gasfablen geliefert worden, während täglich regelmäßig 700 bis 800 Zentner als Mindestbedarf nötig sind. Dabei hat die Gasanstalt nach Kräften geparkt durch Einstellung der gesamten Strohhendelung, sowie durch Abkühlen des Gasdruckes von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens und durch mögliche Verringerung des Leudes im Laufe des Tages. Auch unsere Bevölkerung hat die erlassenen Anordnungen in hiesiger Wirtschaft durchaus beachtet. Die Einschränkung von insgesamt 20 Prozent ist tatsächlich erreicht worden. Aber die Kohlenlieferung reicht nicht zu. Die mahngeliebten Stellen, wie die Kriegsamtsstelle in Danzig, der Reichskommissar für die Kohlenverteilung in Berlin und die Königl. Bergwerksdirektion in Hindenburg (Ober-Schlesien) sind über die Notlage dauernd unterrichtet worden. Der Reichskommissar hat schriftlich Abhilfe zugesagt; die Belieferung ist trotzdem immer schlechter geworden.

Konik. Die bekanntesten unangenehmsten westpreussischen Getreidebeschreibungen, die vor einem Jahr durch die Verhaftung des Leiters des Kriegsgerechtheits des Kreises Tuchel, Gutbesitzer Ulrich Wendt aus Tuchel, ungedeckt wurden, beschäftigen immer noch die Gerichte. Vor dem Schöffengericht in Tuchel hatten sich nunmehr der Untbesitzer Laszki aus Lubierzyn, Kreis Tuchel, sowie der Gutbesitzer Witbe aus Sackau, Kreis Tuchel, zu verantworten. Laszki hatte Getreide vergraben lassen und verkauft und wurde deshalb zu 2000 Mk. Geldstrafe verurteilt. Witbe hatte beschlagnahmte Getreide verkauft, die ebenfalls in Gruppe verurteilt wurde. Wegen ihn immete das Urteil auf 4400 Mark Geldstrafe.

### Ein soziales Bekenntnis

Der neue Oberbürgermeister von Köln, Winauer, wurde am Donnerstag in feierlicher Stadtverordnetenversammlung durch den Regierungspräsidenten in sein Amt eingeführt. In einer längeren Erwiderrrede auf die an ihn gerichteten Ausführungen der Fraktionsredner sagte er u. a.: „Sozial bluten wir aus tausend Wunden. Aber der Krieg hat uns auch die Augen für unsere sozialen Pflichten geöffnet; und unsere soziale Erkenntnis hat der Krieg erweitert und vertieft. Der Hebung aller Klassen, die einer solchen bedürfen, muß unsere soziale Arbeit gelten, und sie muß sich erstrecken auf alle Gebiete menschlichen Lebens. Mit starkem Herzen und starkem Wissen wollen wir die neuen Wege sozialer Erkenntnis, die ein Geistesprodukt des Krieges sind, gehen. Unsere ganze Arbeit muß sozial im Geiste und Verständnis zu erfüllen und zu durchdringen, wird meine vornehmste und liebste Pflicht sein.“

Ein Mann dieses Willens wird sich gewiß nicht damit begnügen trotz aller Bitternisse des Krieges der verderblichen „Freiheit des Handels“ Lobgesänge anzustimmen.

## Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Absatz 2 des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst.

Zur Verwendung bei Militärbehörden und Zivilverwaltungen im besetzten Gebiete (Gauppen-Bezirkstr. 8 in Mitau) werden Helfer folgender Art gesucht:

- 1. Maschinenreiber, Stenographen, Botendienst,
- 2. Technischer Dienst,
- 3. Bahn- und Expeditionsdienst,
- 4. Lader und Schlichter,
- 5. Handwerker jeder Art,
- 6. Anderer Arbeitsdienst jeder Art,
- 7. Pferdepfleger, Kurier, Viehwärter,
- 8. Zucht- und Viehhaltung, Viehzucht, Geflügel- und Gärtnereibetriebe.

Freiere Auskunft nach von den unterzeichneten Kriegsamtsstellen Danzig, Hl. 1. Kreisamt 2. 3. 4. erteilt.

Der nächste Transport von Helfern nach Mitau wird voraussichtlich Anfang November von hier abgehen.

Personen, die im vorgeschriebenen Alter stehen, d. h. vom 17. bis 45. Lebensjahre, werden, auch wenn sie dauernd kriegsunbrauchbar sind, nicht eingezogen.

Beachtet werden nicht: angemessene Arbeitsstrafe aus der Landwirtschaft und Facharbeit, die in der Rüstungsindustrie verwendet werden können. Auch solche Personen, die bereits anderweitig im Vaterländischen Hilfsdienst tätig sind, namentlich bei Behörden, werden im allgemeinen nicht für das besetzte Gebiet angenommen.

Danzig, den 18. Oktober 1917. 276

### Kriegsamtsstelle Danzig.

## Arbeiterinnen

werden dauernde Beschäftigung bei

**Alfred Land**

Routen: Straußgasse 5  
Fabrik: Gasanstalt Thornscher Weg 11a.

## Aus aller Welt

„Kinderlose bevorzugt“

Die Zurücksetzung von Familienvätern mit Kindern auf dem Arbeitsmarkt ist eine aus Friedenszeiten her bekannte und oft festgenagelte Eigenart fruppeliger Arbeitgeber und Hauswirte. hätte meinen sollen, daß die Kriegszeit damit einigermassen ebnen würde, das scheint indessen nicht der Fall zu sein. Ein Beispiel dafür ist das folgende Inserat, das wir im „Berliner Volksblatt“ finden, besonders bemerkenswert im Hinblick auf den, der es enthält.

„Berliner Sektiererei“

auch für Hausarbeit, sofort oder 1. 10. nach Groß-Berlin gesucht. Sehr, kinderlos bevorzugt. Angest. Angebote an: Vaterländischen Frauenverein - Berlin-Wilmersdorf E. B., Berliner Straße 41.

Ein Frauenverein, dazu ein „Vaterländischer“, verlangt von seinem Angestellten Kinderlosigkeit! Des ist denn doch die...

Berliner Sektiererei und Spielhöllen. In der Kochstraße in Berlin ist von der Kriminalpolizei ein „Nachtlot“ aufgefunden worden, in dem sich Damen und Herren der Lebewelt nach der Ligeitunde bis in die späte Nacht hinein beim Sekt, Sekt und Vergnügen. Der Polizei war mitgeteilt worden, daß sich in der Wohnung des Zimmervermieters Backowski in der Kochstraße Herren und Damen der Lebewelt nach 12 Uhr nachts zu nächtlichen Gelagen zusammenfanden. Es wurde zunächst gespielt und wurde gelacht und gezecht. Schlechter Sekt wurde mit 40 bis 50 Pfennig für die Flasche bezahlt. Als Kriminalbeamte plötzlich in der Wohnung erschienen, flüchteten die Damen, die zum Teil nur dünn bekleidet waren, auf den Boden und in die Kellerräume, wurden aber dort erwischt und nach Vervollständigung ihrer Kleider mit der anderen Gesellschaft zur Feststellung ihrer Persönlichkeiten nach dem nächsten Polizeirevier gebracht. — In einem Hause in der Sektstraße ist eine Spielhöhle von der Polizei entdeckt worden. Wohnungsinhaber Gestrach hatte seine Wohnung zum Spiel zur Verfügung gestellt. Dreißig Personen wurden von der Polizei Spiel überführt. Einige, die ihre politische Feststellung verweigerten, sprangen aus den Fenstern der im ersten Stock gelegenen Wohnung; die übrigen mußten den Weg zum zuständigen Polizeirevier antreten.

### Humor und Satire

Die Villenbesitzerin auf Raubjügen. Aus Dresden geschrieben: In den letzten Monaten hatten sich im Umkreis von Raubjügen Einbruchsdiebstähle in großem Maße gehäuft. Ein möglicher Räuber mit einer schwarzen Mäse machte die Gegend unsicher erbeutete u. a. bei einer Holzhandlerrin, in deren Wohnung einbraus und sie er mit dem Revolver bedrohte, 8000 Mk. In der Wohnung ausgeführte Einbrüche brachten ihm bald 3500 Mk. baren Geld, bald Wertpapiere in Höhe von über 10 000 Mk. Ein großes Polizeiaufgebot schändete längere Zeit neugierig nach Verbrecher, bis in diesen Tagen die dunkle Angelegenheit eine interessante Wendung nahm. Der Verdacht, mit den Einbrüchen im Zusammenhang zu stehen, hatte sich auf die Gattin eines als Offizier feldstehenden Sägewerksbesitzers gelenkt. Eine Hausdurchsuchung in Villa der reichen Frau förderte denn auch umfangreiches Versteckmaterial zutage. Die Frau hatte in der Abwesenheit ihres Mannes mit einem 21 Jahre alten Gehilfen ein Verhältnis angeknüpft, diesen verließ, die Raubjüge und Einbrüche auszuführen, den jungen Mann der nach seiner Verhaftung angab, unter dem hiesigen Einfluß der Frau gestanden zu haben, mußte sich das Schwarz für den, um bei seinen Verbrechen unerkannt zu bleiben.

Im Stammbuch meiner fünfzehnjährigen Nichte folgende Eintragung:

„Eilig, wer sich vor der Welt  
Ohne Haß verschließt,  
Einen Freund am Busen hält  
Und mit ihm liegt.“

„Einen Freund am Busen hält u. s. w.“ ist mit roter Tinte unterstrichen; darunter steht: „Dieses wünscht dir von Herzen die Freundin Lotte.“

Im Innern eines Straßenbahnwagens sitzt ein Vermund als an einer Haltestelle ein nicht gerade freundlich aussehender Hauptmann die Plattform betritt. Mit streng prüfendem Blick er seine Augen über den Anzug des Soldaten gleiten, worauf in lakonischem Ton bemerkt: „Haben Sie die unterste Knopf?“ „Ja wohl, Herr Hauptmann, und der rechte Arm!“ war die prompt Antwort. (Eimp)

## Altstädtisches Gesellschaftshaus

Inhaber Ludwig Wuttke ∞ Niedere Seigen

# Übungssaal

des

## Gesangvereins „Sängergruss“

M. d. A. S. B. Dirigent: Herr Lerch Gegr. 1899

Übungsstunden:

### Dienstags und Mittwochs 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr

## Trauer-

Hüte in reicher Auswahl

Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen

# Julius Goldstein

Lowendolfgasse 4, gegenüber der Markthalle

### Wir oder Mich?

Wichtig! Wichtig! der deutsche Soldat... (Text is partially illegible)

### Batterien, Taschenlampen, Selius-Leuchte

Brennstoff, Brenner, Gummi... (Text is partially illegible)

### Der wahre Jakob

pro Nummer 15 Pf.

### Buchhdlg. Volkswacht.

### Gustav Ehm

Fahrrad- und Fahrrad... (Text is partially illegible)







# Berufskleidung

für jeden Handwerksbetrieb,

**Aerztemäntel**  
**Operationsmäntel**

empfehlen zu mässigen Preisen

**Walter & Fleck**

## Geh-Pelze

offertiert zu mässigen Preisen

**J. Rosenbaum, Breitgasse 128**  
Spezialhaus für Herren- u. Knaben

Echt  
getrocknet  
garant. rein.

## Schnupftabak

**Julius Gosda, Rohrtabakgroßhandlung  
und Schnupftabakfabrik,**  
Danzig, Ede Gütergasse 5 u. 2. Priesterstraße 5. Fernspr. 2426

Sozialdemokratischer Verein Danzig

**Zwei Versammlungen**

im Lokale der Frau Steppuhn, Danzig-Schiff

Sonntag den 28. Oktober 1917, nachm. 3 1/2

### Frauenversammlung

Tagesordnung: 1. Frauenarbeit und Frauenrecht. Referent: B.  
Schaffstetter Wilh. Schulz - Bromberg.  
2. Aussprache.

Sonntag den 4. November 1917, nachm. 3 1/2

### Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Rechnungslegung 3. Quartal.  
2. Bericht vom Würtzburger Parteitag.  
Referent: Genosse Gehl.  
3. Diskussion und Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand: E. Sell

Nach den Versammlungen geselliges Beisammen

# Eröffnung unseres diesjährigen Spielwaren-Verkaufs

für **Weihnachten** in den durch unsern seitherigen Erfrischungs-  
raum erweiterten Räumen (III. Stock) und des

# Puppen-Verkaufs

im früheren **Ebner'schen Lokal** am Kohlenmarkt  
(in der Nähe unseres Warenhauses)

## am Montag den 29. Oktober.

Machen Sie Ihre  
Einkäufe frühzeitig

da in diesem Jahre an eine Ergänzung der  
einmal geräumten Vorräte nicht zu denken ist.

# Freymann

G. m. b. H.

Danzig, Kohlenmarkt.

Erwähnen Sie die Volkswacht wenn Sie bei unseren Inserenten Ihre Wareneinkäufe besorgen. Sie werden gut bedient werden